

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 8 (1980)

DOI: 10.11588/fr.1980.0.50453

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Herbert DÖRING. Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan (Anton Hain) 1975, X-336 S. (Mannheimer sozialwissenschaftliche Studien, 10).

Daß die Weimarer Republik keine »Republik ohne Republikaner« werden möge, war eine Hoffnung aus dem Herbst 1918; wie wenig gewiß sie war und welche Probleme zur Diskussion standen, wird anschaulich illustriert in einer Fallstudie über das politische Denken und Handeln einer kleinen Gruppe, die sich 1926 als »Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer« konstituierte und sich später – nicht zuletzt aufgrund von Protesten von Professoren, die trotz größter Skepsis gegen die Republik nicht als verfassungsfeindlich gelten wollten – in »Weimarer Kreis« umbenannte. Wortführer waren unter anderem Friedrich Meinecke, Otto Baumgarten, Walter Goetz, Richard Thoma, Alfred Weber, Gerhard Anschütz und Lujo Brentano, um die wichtigsten zu nennen. Auf dem »rechten Flügel« war in etwa noch Hans Delbrück hinzuzurechnen; eigentlicher »rechter Flügelmann« war der der DVP angehörige Berliner Jurist Wilhelm Kahl; das Äußerste, was an »Linken« vorhanden war, wurde durch Gustav Radbruch repräsentiert. Die meisten Mitglieder standen der DDP nahe oder gehörten ihr an, es fällt hier auf, daß allein vier der »Wortführer« der Universität Heidelberg angehörten oder angehört hatten (Thoma, A. Weber, Anschütz, Radbruch).

Der Verfasser hat also bemerkenswerterweise nicht etwa militante Demokraten wie Eckart Kehr, Hermann Heller, Arthur Rosenberg oder Veit Valentin und auch nicht radikale Pazifisten wie Ludwig Quidde oder Albert Einstein – ganz zu schweigen von den wenigen Sozialisten oder Kommunisten auf deutschen Lehrstühlen – ausgewählt, sondern ausgesprochene Angehörige des akademischen Establishments, und dies mit der Absicht, daraus »einen Rückschluß auf das in der offiziellen civitas academica anzutreffende politische Bewußtsein« gewinnen zu können (S. 232).

Die Wortführer der untersuchten Gruppe waren vor dem Weltkriege bekannte »Kathedersozialisten« gewesen und galten in dem 1915/16 aufbrechenden Konflikt unter der deutschen Hochschullehrerschaft, soweit sie politisch hervortrat, als »Gemäßigte«, das heißt als diejenigen, die in den drei Zentralfragen der Kriegsziele, des unbeschränkten U-Boot-Krieges und der Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts einen gegen »Annexionisten« und Konservative gerichteten Standpunkt vertraten. Ihre Anzahl war begrenzt. Im Deutschnationalen Hochschullehrerverband war freilich ein weitaus größerer Personenkreis versammelt.

Obwohl die Gruppe auch schon 1918–20 gelegentlich – ohne als Vereinigung organisiert zu sein – mit Aufrufen und Unterschriftenaktionen an die Öffentlichkeit trat und dort auch im Oktober 1918 vorübergehend eine akademische Mehrheit zu gewinnen vermochte, trat sie endgültig doch erst zum erwähnten Datum 1926 hervor. Friedrich Meineckes Grundkonzept machte dabei Stärke und Schwäche des Versuchs zugleich aus: aus Furcht der Professoren vor Boykott und gesellschaftlicher Isolierung wurde auf eine feste, statuarische Organisationsform verzichtet, wie sie sich im Gegensatz dazu bei der kurz vorher begründeten »Vereinigung freiheitlicher Akademiker«, die nahezu wirkungslos bleiben sollte, ergeben hatte. Meinecke wollte möglichst viele Kollegen auf den Minimalkonsens der Verfassungstreue vereinigen. Dabei sollte eine breite Öffnung nach rechts zum Zwecke der Integration republikfremder Hochschullehrer gewahrt bleiben. Der »rechte Flügelmann« Kahl formulierte in einer Polemik gegen das »Parteiwesen«, daß das »schlechthin Notwendige . . . der Staat als solcher, nicht die Staatsform« sei (S. 91). Mit einem demnach inhaltlich kaum gefüllten Staatsbegriff gedachte man den Staat zu stützen, mit dem Verzicht auf feste Organisation glaubte man der organisierten Republikfeindschaft entgegenzutreten zu können. Von einer »Entpolitisierung« erhoffte man ein allmähliches Gewinnen der Kollegen. So fanden vier Tagungen statt mit höchstens 114 (1927) und im niedrigsten Falle mit 30 (1932) Teilnehmern. 1927 gab es noch 360 Zustimmungs-

erklärungen, 1931 noch 32, 1932 keine einzige mehr. Zur konstituierenden Tagung (Weimar, Pfingsten 1926) waren 64 Kollegen erschienen.

Die Zahlen dürfen nicht so gedeutet werden, daß ein Versuch am untauglichen Objekt unternommen worden wäre; im Gegenteil verdient dieses Engagement der wenigen, die sich dadurch von der Masse der politisch nach außen hin inaktiven (die Feinde der Republik dadurch aber stärkenden) Hochschullehrer unterschieden, jede Beachtung. Und dies auch dann, wenn im Denken und Handeln dieses Kreises ein Teil der geistig-politischen Probleme sichtbar wurde, vor denen die Republik insgesamt stand. Als Illustration diene ein Briefzitat Hugo Preuß' gegenüber Delbrück vom 28. September 1918: »England und Frankreich haben wir gezwungen, den Militarismus zu improvisieren, was ihnen mit bedauerlichstem Erfolge gelungen ist. Jetzt zwingen sie uns, den Parlamentarismus zu improvisieren, was – fürchte ich – weniger gut gelingen kann. In diesem ganzen, großen, trefflichen Volke nicht eine einzige politische Führerpersönlichkeit von zwingender Eigenkraft! Es ist zum toll werden!« (S. 227). Diese Bemerkung ausgerechnet aus der Feder des Schöpfers der Weimarer Verfassung kann unschwer als bezeichnend gelten für die Sichtweise selbst überzeugter Republikaner und dies auch in der Hinsicht, daß dem Parlamentarismus in den Augen der Wortführer des Weimarer Kreises ein Elitenproblem korrespondierte, das zusätzlich zu zahlreichen Debatten geführt hat. Hinsichtlich des Parlamentarismus gab es im Kreis einen »Dissens«, demzufolge etwa Thoma noch 1921 eine Annäherung an ein Präsidialsystem (Delbrück an ein Wahlkaisertum) für sinnvoll hielt, wobei er in späteren Phasen der Republik allerdings zum überzeugt argumentierenden Anhänger des parteienstaatlichen Parlamentarismus werden sollte. So waren im Weimarer Kreis »Vernunftrepublikaner« vertreten, die sich nur mit Mühe die Zustimmung zur Republik abzurufen vermochten; neben ihnen aber standen »demokratische Idealisten«, um einen Ausdruck des Juristen Gerhard Anschütz zu verwenden, der damit die Wandlung zu beschreiben suchte, die er selbst zwischen 1917 und 1933 als früherer Anhänger der erstgenannten Richtung vollzogen hatte. Unterschiedliche Elitetheorien sollen die Schwäche ausgleichen, die man dem Parteienstaat als solchem mit seinen wechselnden Mehrheiten zusprechen zu können meinte. Zugleich sind derlei Theorien als recht bekannte Formen konservativer Ideologiebildungen zu erkennen, die sich gegen den Anspruch der Arbeiterbewegung richteten, Träger eines geschichtlichen Gesetzes der Ablösung der einen Klasse durch die andere zu sein. Der Verfasser verwendet viel seines kritischen Interesses an die zugrunde liegenden und oft genug ausgesprochenen Motivationen etwa auch der Wortführer des Weimarer Kreises, die die Arbeiterschaft durch vorbeugende Reformen dafür gewinnen wollten, daß im Staate weiterhin die Schicht führen sollte, welche die betreffenden Hochschullehrer nahezu ausschließlich für führungsfähig hielten.

Berücksichtigt man andererseits etwa die gescheiterte Kandidatur Max Webers für die Nationalversammlung und betrachtet man die Schwierigkeiten, die viele dieser Akademiker mit Parteiapparaten und Interessenverbänden hatten, so wird man der Absage Dörings an Unterstellungen eines simplifizierenden Ideologieverdachts zustimmen (S. 203f.). Die Wortführer fühlten sich als Vertreter übergeordneter Gesichtspunkte. Dabei sollte auch der historische Stellenwert ihres politischen Handelns nicht unberücksichtigt bleiben, denn mit ihrer geringen Macht stemmten sie sich seit etwa 1930 auch zunehmend gegen den Nationalsozialismus, dessen Methoden und Durchsetzungskraft sie allerdings, wie Döring darzulegen weiß, verkannten. Manch einen von ihnen mag selbst die Amtsenthebung oder Zwangsemeritierung noch überrascht haben (S. 120ff.).

Leider scheint es die Quellenlage verboten zu haben, auf die Frage einzugehen, ob zum Beispiel Probleme wie die der Weimarer Verfassung durch Mitglieder des Kreises nicht nur im allgemeinen Sinne erörtert worden sind, wie er in den Diskussionen über Parlamentarismus, Führerdemokratie und Elitenpostulat erkennbar wurde. Allzuleicht erscheint sonst die Lösung von 1919 als die politisch einzig mögliche Antwort auf die Herausforderung der Stunde. Auf

dem Wege zur allmählichen Entwicklung einer Gesamtübersicht über die geistig-politischen Auseinandersetzungen in der ersten deutschen Republik mögen ferner Untersuchungen über alle hochschulpolitischen Gruppierungen, insbesondere auch von sozialistischer, deutschnationaler und allgemein konservativer Seite, sinnvoll erscheinen. Die vorliegende Arbeit dürfte durch ihre differenzierende Argumentationsweise einen neuen Maßstab gesetzt haben. Sie stellt einen grundlegenden Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses von Politik und Intelligenz in der Weimarer Republik dar.

Reinhard BOLLMUS, Trier

Klaus HILDEBRAND, *Das dritte Reich*, München, München (R. Oldenbourg Verlag) 1979, 244 p. (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, 17).

Les ouvrages de la collection »Oldenbourg Grundriß der Geschichte« se présentent selon un plan qui rappellera au lecteur français celui de la »Nouvelle Clio«: d'abord un exposé des faits, ensuite une discussion des principaux problèmes d'interprétation, enfin une bibliographie sélective. Le volume concernant le Troisième Reich a été confié à Klaus Hildebrand, bien connu pour sa tentative d'interprétation logique de la politique étrangère d'Hitler. Disons tout de suite que l'auteur n'a pas cédé à la tentation de privilégier son propre domaine de recherches, et que tous les aspects de l'Allemagne nazie, ainsi que toutes les controverses entre historiens du nazisme, reçoivent un éclairage équilibré. Mais bien évidemment K. H. ne pouvait garder une impartialité glacée dans le résumé de ces controverses, ni cacher sa méfiance, parfois même son impatience, devant certaines »théories du Fascisme«, marxistes ou autres. L'avantage, c'est que nous ne nous trouvons pas devant un manuel dépersonnalisé. L'inconvénient, c'est que ce genre hybride, et nouveau, du manuel à thèse(s) reste d'une lecture difficile, surtout comprimé dans un cadre restreint qui impose de nombreuses ellipses et allusions, raccrochées au fil du discours par de longues parenthèses.

La première partie, présentée comme un simple récit, accorde en fait une belle part aux commentaires théoriques, issus soit des ouvrages antérieurs de l'auteur, soit des interprètes qu'il approuve. Conformément à une habitude qui se répand parmi les historiens allemands, la période apparemment courte du Troisième Reich est subdivisée en quatre phases de trois ou quatre ans chacune. Pour la première, la politique intérieure est examinée d'abord, puis les initiatives diplomatiques; pour les trois suivantes, l'ordre est inversé, soulignant la thèse qu'Hitler est d'abord un stratège de l'expansion, que ses idées sur l'avenir de l'Allemagne dans le monde commandent sa politique intérieure, même s'il apparaît parfois des interactions ou des contradictions. Au risque de trahir cette thèse majeure du livre, et pour faciliter la tâche presque impossible de résumer un résumé, osons séparer les deux domaines. A l'intérieur, le régime nazi passe successivement par le chaos, le dualisme, le fascisme partiel puis total. Mais même cette cristallisation apparente, à partir de 1936, n'exclut pas les faiblesses internes: ainsi le souci de ménager l'opinion populaire, avant et même pendant la guerre, freine les plans des militaires pour restreindre la consommation civile, empêche l'organisation d'une guerre longue, et impose comme fatalement la guerre-éclair. Lorsque cette conception cohérente devient intenable après Stalingrad, la mobilisation économique prend toute son ampleur, mais parallèlement les forces destructives de l'idéologie acquièrent une autonomie croissante: il est bien connu que la destruction des sous-races fait obstacle à une conduite rationnelle de la guerre. C'est donc au dualisme qu'il faut revenir en conclusion.

Sur ce qui concerne diplomatie et stratégie, le livre garde évidemment l'aspect de démonstration logique des précédents ouvrages de K. H., à ceci près que la nécessité de faire bref plonge parfois le lecteur dans l'incertitude. Ainsi Hitler est présenté comme hanté en permanence par la